

# Die unabhängige Krebsforschung ist in Geldnöten

Mit Studien an Spitälern könnten Millionen von Franken gespart werden – aber niemand will sie finanzieren

SIMON HEHLI

Mehr als 40 000 Menschen erkranken in der Schweiz jedes Jahr an Krebs. Und die Zahl steigt, weil die Bevölkerung wächst und der Anteil älterer Personen grösser wird. Für die Pharmaunternehmen handelt es sich um einen lukrativen Markt, sie entwickeln immer bessere Medikamente, die viele Leben retten. Doch das hat seinen Preis: Laut der Krankenkasse Helsana betragen die durchschnittlichen Jahreskosten der fünf teuersten Krebsmedikamente mittlerweile etwa 90 000 Franken pro Person. Insgesamt kosteten Krebs- und Immunsystemmittel im vergangenen Jahr 2,8 Milliarden Franken.

So sind Ideen gefragt, um das Kostenwachstum zu bremsen. Ein Akteur, der solche Ideen einbringt und der bisher öffentlich kaum in Erscheinung trat, ist das Swiss Cancer Institute (SCI, früher Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Klinische Krebsforschung). Das Netzwerk verbindet die Onkologiezentren der grösseren Schweizer Spitäler und fördert die nichtgewinnorientierte Krebsforschung. Das soll nicht nur für bessere, sondern auch für günstigere Therapien sorgen.

## Geringere Dosis möglich?

Eine Studie des SCI widmet sich dem Medikament Denosumab, das bei Patientinnen und Patienten mit Brust- oder Prostatakrebs Metastasen in den Knochen verhindern soll – und damit schwere Komplikationen wie Brüche oder Querschnittslähmungen. Der Hersteller empfiehlt, dass Betroffene das Mittel alle vier Wochen bekommen. Doch SCI-Forscher untersuchen nun, ob es reicht, das Medikament nur noch alle zwölf Wochen zu verabreichen.

Federführend bei der Studie ist Roger von Moos, der Direktor des Tumor- und Forschungszentrums am Kantonsspital Graubünden. Er war bereits bei der Entwicklung des Medikaments involviert. Dabei hat er die These aufgestellt, dass das Medikament auch mit grösseren Abständen zwischen der Einnahme wirksam sein könnte – und dass die Patienten dadurch weniger unter den Nebenwirkungen leiden. Der Hersteller eines Medikaments selbst sucht laut von Moos normalerweise nicht nach der minimalen wirksamen Dosis. Dies nicht nur, weil er dadurch geringere Mengen des Mittels verkaufen kann. Sondern auch wegen des üblichen Ablaufs der Entwicklung eines neuen Medikaments.

In einer ersten Phase der Anwendung an Menschen wird überprüft, wie gut die Probanden ein Medikament vertragen. «Man steigert die Dosis bis zu dem Punkt, an dem die Nebenwirkungen zu stark werden», sagt von Moos. Mit dieser Dosis gehe man dann in die nächsten



Muss ein Medikament weniger oft verabreicht werden, können Kosten und Nebenwirkungen reduziert werden. SANTIAGO URQUIJO / GETTY

Phasen, in denen die Wirksamkeit des Mittels getestet werde. «Ob auch eine geringere Dosis reichen würde, interessiert den Hersteller zu diesem Zeitpunkt kaum mehr», erklärt der Onkologe. Dafür brauche es eben die Forschung an den Spitälern, die mit keinen Gewinnabsichten verbunden sei.

Die endgültigen Resultate zur Wirksamkeit einer Abgabe von Denosumab alle zwölf Wochen liegen erst im nächsten Jahr vor. Doch die bisherigen Erfahrungen sind laut von Moos so positiv, dass er angefangen hat, Patienten ebenfalls ausserhalb der Studie im neuen Rhythmus zu behandeln. Dies auch, weil sich tatsächlich weniger Nebenwirkungen bemerkbar machen. Zudem ist es für die Patienten angenehmer, wenn sie seltener ins Spital kommen und sich stehen lassen müssen.

Mitfinanziert haben die Studie der frühere Krankenkassenverband Santésuisse sowie einzelne Versicherer. Dies aus handfesten finanziellen Interessen: Denosumab generiert pro Jahr Umsätze von rund 12 Millionen Franken. Würde es pro Jahr nur noch vier- statt zwölfmal angewendet, liessen sich zwei Drittel der Kosten sparen, also rund 8 Millionen Franken. Eine Auswertung der Daten ihrer Versicherten, die die Helsana durchgeführt hat, zeigt: Der neue Rhythmus ist bereits in der klini-

schon Praxis angekommen. Jeder vierte Patient bekommt das Medikament nur noch vierteljährlich. Dieser Rhythmus könnte sich nach der Publikation der SCI-Studie durchsetzen – nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit.

## Kein Mangel an Studienideen

Einsparungen von ein paar Millionen Franken wirken sich kaum auf die Krankenkassenprämien aus. Doch das SCI bereitet ähnliche Studien für die sogenannten Immuncheckpoint-Inhibitoren vor. Es handelt sich dabei um Medikamente, die das körpereigene Immunsystem aktivieren, um Krebszellen zu bekämpfen. Sie verursachen laut dem CEO des Instituts, Vincent Gruntz, jährliche Kosten von rund 350 Millionen Franken. «Da lassen sich voraussichtlich zweistellige Millionensummen sparen.»

Und die SCI-Forscher hätten noch zahlreiche Studienprojekte in der Schublade. Es gebe weitere Medikamente, die man wohl tiefer dosieren könnte, etwa bei Brustkrebs, sagt der Onkologe von Moos. Oder man könnte Kontrollschemas einer kritischen Prüfung unterziehen: Würde es auch reichen, die Patienten nach einer überstandenen Krebserkrankung weniger oft aufzubieten? Oder man könnte schauen, ob zwei alte (und günstige) Krebsmedikamente

in einer Kombination besser wirken als ein neues, teures Präparat.

Welch grosses Potenzial die nicht-kommerzielle klinische Forschung hat, demonstrierten spanische Kollegen: Sie entwickelten eigene Zelltherapien für Leukämie-Patienten, die keinen Zugang zum teuren Medikament Kymriah von Novartis haben. Die Alternative kostet weniger als 100 000 Euro pro Patient – das ist ein Drittel des Originalpreises.

«Das wäre in der Schweiz auch möglich», sagt der CEO Gruntz. «Aber wir haben zu wenig Geld.» Das SCI finanziert sich vor allem mit den rund 5,5 Millionen Franken, die es jährlich vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation bekommt. Eine aufwendige Therapieoptimierungsstudie wie jene zu Denosumab koste indes 8 bis 10 Millionen Franken. «Mit unserem beschränkten Budget können wir viel weniger Studien machen, als wünschenswert wäre», sagt Gruntz. Die Schweiz drohe so, in der klinischen Forschung immer mehr ins Hintertreffen zu geraten. Wenn es so weitergehe, müsse man sich auf Daten aus China oder anderen Ländern abstützen, statt eigene Daten zu erheben.

Die Pharmaindustrie ist naturgemäss kaum darauf erpicht, Forschungsprojekte zu unterstützen, die die eigenen Gewinnaussichten schmälern. Und ob die Krankenkassen solche Studien weiterhin

finanzieren, ist unklar. Prämiegelder aus der Grundversicherung dürfen sie dafür nicht verwenden, wie das Bundesamt für Gesundheit (BAG) auf Anfrage festhält. Denn das Krankenversicherungsgesetz sieht nur die Vergütung von Pflichtleistungen vor, aber keine Finanzierung von Forschung und Entwicklung.

Vincent Gruntz sieht indes noch andere Möglichkeiten, wie sich die wissenschaftlichen Projekte seines Instituts finanzieren liessen. Man könne etwa einen «Forschungsfranken» einführen, der von jeder versicherten Person mit den Prämien erhoben würde. Das würde Mehreinnahmen von über 9 Millionen Franken für das SCI und andere Forschungseinrichtungen bedeuten. Doch auch für einen solchen Zustupf fehlt laut dem BAG die gesetzliche Grundlage.

## Mittel vom Nationalfonds?

Eine weitere Variante, die Gruntz ins Spiel bringt, ist das sogenannte Kostenfolgemodell. Im Frühling hat das Parlament beschlossen, dass Pharmafirmen bei besonders umsatzstarken Medikamenten Mengenrabatte gewähren müssen. Ziel sind Einsparungen und Rückzahlungen in der Höhe von rund 350 Millionen Franken. «Einen Teil davon könnte man in die unabhängige klinische Forschung investieren.»

Das BAG betont, man begrüsse die Forschungsprojekte des SCI oder anderer Institutionen sehr, insbesondere wenn solche Forschung dann auch Anwendung in der klinischen Praxis finde. Das Bundesamt hält indes eine Finanzierung durch den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) für die realistischste Option. Ein SNF-Sprecher bestätigt, dass der Fonds Programme habe, bei denen Forschende auch Fördergelder für klinische Studien beantragen könnten. Allerdings verweist er darauf, dass auch dem SNF wegen des Sparprogramms des Bundes weniger Mittel zur Verfügung stünden – und dass er «noch mehr innovative Forschungsprojekte» werde ablehnen müssen.

## NZZ | Live

### Forschung am Menschen: Patientenwohl im Fokus

Mittwoch, 22. Oktober 2025, 18.30 Uhr, NZZ-Foyer, Zürich, und online.

Für leidende Patienten sind manchmal innovative Behandlungsmethoden und nicht zugelassene Arzneimittel die letzte Hoffnung. Wie kann sichergestellt werden, dass die Bedürfnisse der Patienten im Mittelpunkt stehen?

Tickets unter [nzz.ch/live](https://nzz.ch/live)

# Die SBB irritieren mit Leasingplänen

Die Bahn will 40 Hochgeschwindigkeitszüge leasen – ein langjähriger Amtschef kritisiert Vorgaben des Bundes

TOBIAS GAFAFER

Die SBB wollen für den internationalen Verkehr bis zu vierzig Hochgeschwindigkeitszüge beschaffen. Am Mittwoch haben sie im Rahmen der Halbjahresbilanz erste Details bekanntgegeben. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage plane man, die Züge für fünfzehn Jahre zu leasen, teilte die Bahn mit. Auf der Plattform Simap hat sie am Mittwoch eine Ausschreibung veröffentlicht. Diese sieht die Beschaffung von bis zu vierzig Hochgeschwindigkeitszügen vor, die in der Schweiz, Frankreich, Italien, Spanien, Belgien, den Niederlanden sowie auf der Strecke nach London zum Einsatz kommen sollen.

Die Ausschreibung der Züge soll im nächsten Jahr starten. Die Auswahl erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. Das ermögliche es, den Kreis der Leasinggeber auf die am besten geeigneten

Unternehmen einzugrenzen, schreiben die SBB. Im März hatte sich die Bahn noch die Option offengelassen, die teuren Züge selber zu beschaffen. Dies überstiege aber offenkundig den finanziellen Spielraum. Mit dem Leasing vermeiden die Bundesbahnen hohe Investitionskosten. Im Gegenzug müssen sie dem Leasinggeber eine Gebühr bezahlen.

## Teurer als nötig

Dass die Bundesbahnen im internationalen Personenverkehr auf ein Leasingmodell setzen, irritiert Branchenkenner. Peter Füglistaler war jahrelang der Direktor des Bundesamts für Verkehr, zuletzt unter Bundesrat Albert Rösti. In einem Beitrag auf der Plattform LinkedIn übt der frühere Chefbeamte scharfe Kritik. Es sei zwar erfreulich, dass sich die SBB verschiedene Optionen überlegten, wie der internationale Personenver-

kehr entwickelt werden könne. Dazu gehöre auch das Leasing von Rollmaterial. Der Auslöser sei allerdings das unsinnige Festhalten der Eidgenössischen Finanzverwaltung an einer willkürlichen Verschuldungsgrenze für die SBB. Als solides, staatliches Unternehmen könnten sich diese das Fremdkapital für die Züge zu günstigen Konditionen auf dem Kapitalmarkt beschaffen, schreibt Füglistaler. Leasing-Geber hätten in der Regel eine schlechtere Bonität und würden alle Risiken einpreisen. Wegen der Verschuldungsgrenze müssten die SBB die Züge teurer beschaffen, als es nötig wäre.

Er verstehe auch nicht, wie mit dem Leasing die Verschuldungsgrenze umgangen werden könne. Üblicherweise würden Leasing-Verpflichtungen bilanzmässig in den Fremdkapitalanteil einberechnet. «Offenbar wird die Verschuldungsgrenze auch noch wenig fachkundig umgesetzt», stichelt Füglistaler.

Für ihn ist denn auch klar: «Die Verschuldungsgrenze der SBB gehört abgeschafft.» Die Kompetenz für die wirtschaftliche Stabilität eines Unternehmens gehöre zur Verantwortung des Verwaltungsrates. «Jedes noch so kleine Bähnli in der Schweiz kann mit dieser Verantwortung umgehen.» Der frühere Amtsdirektor verfasste seinen Beitrag als Reaktion auf einen Beitrag von Radio SRF, das zuerst über den Entscheid berichtete.

## Schuldenberg von 12 Milliarden

Ein Sprecher der Finanzverwaltung wollte sich auf Anfrage nicht zu Füglistalers Kritik äussern. Klar ist, dass die finanzielle Lage der SBB angespannt bleibt. Im ersten Halbjahr 2025 beförderten diese mit rund 1,4 Millionen zwar so viele Reisende wie noch nie. Doch der Gewinn lag mit 48 Mil-

lionen Franken leicht unter dem Ergebnis der Vorjahresperiode. Die SBB führen dies unter anderem auf höhere Unterhaltskosten beim Rollmaterial und rückläufige Erträge beim Güterverkehr zurück.

Der Gewinn reicht nicht, um den Schuldenberg abzubauen, den die Bundesbahnen vor sich her schieben. Im vergangenen Jahr stieg dieser auf rund 12 Milliarden Franken an. Der Bundesrat erwartet von den SBB, dass sie ihre Schulden reduzieren. In den Zielen für das bundeseigene Unternehmen hat er festgelegt, dass dieses die verzinssliche Nettoverschuldung bis spätestens zum Jahr 2030 schrittweise auf einen maximalen Wert senken muss. Im vergangenen Jahr waren die SBB weit davon entfernt. Sie werden im zweiten Halbjahr beim finanziellen Ergebnis zulegen müssen, wenn sie die Vorgaben des Eigners erreichen wollen.